

wertung darüber hinaus Dutzende von Millionen bringen könnte, geht es um echt viel. Siehe „Widmungsgewinn“.

► **Korruption:** Liegt hier garantiert nicht vor. Das Grundstück wurde 2008, so der Rechnungshof, vom Innenministerium um 4,2 Millionen Euro verkauft, obwohl Angebote bis zu 9 Millionen Euro vorlagen. Sie wollten damals sogar, dass das Eislaufareal unbebaubar bleibt. Nun werden Sie eine Hochhauswidmung über 70 Meter genehmigen. Denken Sie sich dabei aber nichts, der Verkaufsvorgang ist über jeden Verdacht erhaben. Dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft befasst wurde, ist „eh auch wurscht“. Ermittlungsergebnisse abwarten? Wo kämen wir da hin!

► **Lösung:** Wäre einfach, kostet aber. Der Investor soll das von ihm gekaufte Hotel umbauen oder nicht. Die Stadt Wien soll die erforderlichen Millionen in die Hand nehmen und das Areal um den Eislaufverein sanieren. Architektur statt Kommerz eben. Was nicht geht: Vom Investor verlangen, dass er etwas anderes im Sinn hat, als viel Geld zu verdienen. So funktioniert Marktwirtschaft, auch wenn Sie darüber wenig wissen mögen.

► **Öffentlicher Mehrwert:** Soll 40 Millionen Euro betragen. Hat Ihr Rechnungshof das je nachgerechnet? Und wenn das stimmt, warum begnügen Sie sich dann mit nur zehn Millionen Euro für die Absicherung des Mehrwerts im „städttebaulichen Vertrag“?

► **Stadtplanung:** Kern der Misere. Ein Gemeinderat, der etwas auf sich hielte, würde eine ordentliche Stadtplanung vorsehen, nach der sich Liegenschaftsprojekte zu richten haben. Nicht umgekehrt. Wien war vor Ihrer Zeit sogar einmal führend: Rotes Wien oder Roland Rainer. Mittlerweile ein abgehalftes Metier ohne Persönlichkeiten. Schade darum, das wäre in Wahrheit Ihre Kernkompetenz – und echte Politik!

► **Volksbefragung:** Beliebtes Politikmodell, um die Öffentlichkeit zu manipulieren. Über Details

## DER AUTOR



**Karl Newole** (geboren in Klagenfurt) ist Rechtsanwalt in Wien und Absolvent der

Johns Hopkins University for International Relations and Law in Washington D. C. und Bologna. Er ist Klubvorsitzender der Unabhängigen Liste Wien im ersten in der Bezirksvertretung 1010 Wien, die sich parteiungebunden Fragen des kommunalen Zusammenlebens und der zukunftspolitischen Organisation in europäischen Städten widmet. [Privat]

kann Ihre Kollegin Ursula Stenzel Auskunft erteilen. Als sie gegen die Tiefgarage am Neuen Markt im Ersten war, hat sie nur Anrainer gefragt. Als sie dann dafür war, hat sie alle möglichen Leute Hunderte Meter im Umkreis befragt. Eignet sich aber hervorragend für einen Inseratengeldregen. Siehe auch: „Boulevardmedien“.

► **Vassilakou:** Grüne Stadträtin. Hat sich 2015 an ihr Rücktrittsversprechen nicht gehalten. Hält sich nun auch nicht an das „eigentlich“ bindende Ergebnis der grünen Urabstimmung. Sie stehe für „Handschlagqualität der Stadtregerung“, das Projekt müsse umgesetzt werden, für Änderungen sei es zu spät. Sagt im selben Atemzug, dass „allein entscheidungsbefugter Gemeinderat“ sei. Worüber kann sie also eine Zusage erteilen, wenn ohnehin nur der Gemeinderat zuständig ist? Und warum ist es für etwas zu spät, das erst stattfinden muss, nämlich Ihre Abstimmung?

► **Widmungsgewinn:** Widmungen sind Steuerungsinstrumente zur Flächengestaltung. Wer Grundstücke verkauft, von denen er annimmt, dass Umwidmungen zu großen Gewinnen führen können, vereinbart „Nachbesserungsklauseln“, um daran beteiligt zu sein. Fand etwa bei Kasernenverkäufen im Ausmaß von bis zu 50 Prozent statt, beim Heumarkt nicht.

► **Weltkulturerbe:** Von der Unesco der Innenstadt Wiens verliehenes Prädikat. Gilt für bedeutende Stätten gemäß der Welterbekonvention. In Wien gefährdet diesen Status der Gemeinderat, in anderen Weltteilen gilt die Zerstörung von Kulturgütern als Ziel asymmetrischer Kriegsführung. Der Billigtourismus, die vielen Mozartkugelschops, die hässlichen Dachaufbauten und inferiorer Taxis sind auch Welterbevernichter.

Letztlich geht es aber nicht um Welterbe und „Cannelloni-Tunnelblick“, Ästhetikfragen oder Investoren. Es geht einerseits darum, dass nur Leute mit Beziehungen zur Stadt solche Deals machen dürfen. Einen Normalbürger, der mit dem Projekt daherkäme, ein fettes Gebäude neben dem Interconti hinzustellen, das dieses um ein Drittel überragt, brächte die Rettung zur Baumgartner Höhe – schneller, als er schauen kann.

Es geht andererseits darum, wie die Gemeinderäte Ihre Verantwortung für die Entwicklung der Stadt (nicht) wahrnehmen. Denn Raumplanung webt entscheidend am Stoff mit, aus dem die Gesellschaft besteht. Den Gemeinderäten ist das zwar sicher „eh wurscht“, uns Wählern aber nicht. Wetten?

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



# Wie aus dem Konflikt Wien/Ankara eine verhängnisvolle Affäre wird

Schon vor zwölf Jahren hat die Türkei mit einem Veto gezeigt, was sie unter Rache an Österreich versteht. Die Blockade in der Nato sollte niemanden überraschen.

Deutliche Schatten auf die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei, hat vor sechs Jahren bereits der damalige Außenminister, Michael Spindelegger (ÖVP), gesehen. Sie haben sich seit damals nicht verzogen. Im Gegenteil.

Schon 2011 wollte Spindelegger das Veto der Türkei gegen die Bestellung der ehemaligen Außenministerin Ursula Plassnik zur Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), „nicht hinnehmen“. Plassnik, die absolute Favoritin, bekam den Posten nicht. Spindelegger dürfte die Konsequenzen seiner starken Worte nicht bedacht haben.

Von „Rache“ Ankaras war damals schon die Rede. Sechs Jahre davor hatte Plassnik als Außenministerin die Verhandlungen der Türkei mit der EU beinahe platzen lassen und auf relativierenden Klauseln bestanden. Überdies hatte sie eine Volksabstimmung in Österreich über einen eventuellen Beitritt als Voraussetzung angekündigt. Innenpolitisch konnte sie damit – übrigens zu Recht – punkten.

Seither sind zwölf Jahre vergangen. Und aus den Schatten ist Finsternis geworden. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. An keinem anderen EU-Mitglied arbeitet sich die türkische Regierung so ab wie an Österreich. In keinem anderen EU-Staat fanden aber auch Regierungschef und Außenminister so deutliche Worte wie in Österreich, wo Christian Kern und Sebastian Kurz einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen verlangen. Gewiss sind diese – wie Plassniks auch – innenpolitisch begründet, deshalb aber nicht weniger berechtigt.

Allein, die Überraschung über den jüngsten Racheakt Ankaras, die Blockade jeder weiteren Zusammenarbeit Österreichs mit dem Nato-Militärbündnis, ist entweder gespielt, geheuchelt oder einer partiellen Gedächtnislücke geschuldet. Seit dem Veto gegen Plassniks Karriere sprang, also seit zwölf Jahren, musste Wien einkalkulieren, dass Ankara auf starke Worte mit Veto und anderen Retourkutschen reagieren wird. Nichts in der Entwicklung der Türkei hin zu einem

menschenrechts- und grundrechtsverletzenden Staat seither hat eine andere Sicht der Dinge erlaubt.

Seit dem Schlachtruf Ankaras „Wer blockiert wird blockiert“ ist das große Entsetzen ausgebrochen. Natürlich hat Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil recht, wenn er sagt: Österreichs Friedenseinsätze auf dem Balkan im Rahmen der Nato-Partnerschaft sind im Sicherheitsinteresse der EU, noch mehr aber in jenem Österreichs. Denn dort geht es auch um eine zunehmende Islamisierung unter dem Einfluss Saudiariens. Es haben auch jene recht, die sich über die neuen Schikanen des Nato-Lands Türkei gegen den Nato-Partner Österreich empören.

Allerdings ist es seltsam, wenn sich just jetzt alte Nato-Kritiker wie der Grüne Peter Pilz darüber aufregen, dass Österreich von der bisherigen Teilhabe an Ausbildung, Information, Unterstützung ausgeschlossen werden soll. Noch seltsamer, wenn Pilz der Nato mit einem „Riesenwirbel“ drohen will. Vor dem Auftritt der Österreicher beim Treffen in Georgien wird sich die Nato sicher gebührend fürchten. Oder nicht?

Was hat man erwartet? Worauf sollte die Eskalation der Worte hinauslaufen? Es kann nicht sein, dass das Außenamt in den vergangenen zwölf Jahren und erst recht seit dem Umsturz der Türkei in ein autoritäres Regime zu keiner stichhaltigen Analyse aller Konsequenzen gekommen ist. Sie werden wohl einkalkuliert gewesen sein. Es musste klar sein, wann aus einer überschatteten Beziehung eine verhängnisvolle Affäre werden könnte.

Das in Kauf zu nehmen, wäre auch in Ordnung. Nur ist dann die jetzige Aufregung völlig überflüssig. Eher sollte überlegt werden, ob es in den vergangenen Jahren nicht verabsäumt wurde, sich in der EU rechtzeitig verlässliche Verbündete zu suchen. Wie schrieb ein „Presse“-Leser als Reaktion auf einen Türkei-Bericht: „Diplomatie sieht anders aus.“

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zur Autorin:**

Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien: Reality Check <http://diepresse.com/blog/rohrer>

**Morgen in „Quergeschrieben“:**

Der Föderalismus in Österreich sollte reformiert, aber keineswegs abgeschafft werden. Von Gudula Walterskirchen.

seinerzeitige ungläubliche Unprofessionalität hat zu einer längeren Korrespondenz mit dem Kundendienst geführt. Damals habe ich angemerkt, dass mir die Gründung dieser neuen Fernbuslinie sehr gewagt erscheint: Die Reisenden sind primär dem Low-Budget-Segment zuzurechnen, und es dominieren Marktführer, die zwar in westeuropäischen Ländern firmieren, aber ihr Personal zumeist im Osten rekrutieren.

Hier wollten Sie, Herr Bundeskanzler, pardon Vorstandsvorsitzender, Ihr ÖBB-Tochterunternehmen platzieren. In einem Markt mit sehr niedrigen Margen eine neue Qualitätsmarke etablieren? Mit österreichischen Personal- und Sachkosten gegen die Billigkonkurrenz aus dem Osten antreten und damit Erfolg haben?

Mein Kompliment für Ihren strategischen Weitblick, der allerdings nicht einmal zwölf Monate vorgehalten hat.

Von „Hellö“ bleibt uns Steuerzahlern ein Defizit. Als derzeitiger Regierungschef werden Sie uns

natürlich mit Ihrer Wirtschaftsexpertise und Führungsqualität in eine bessere Zukunft führen. Oder? In diesem Sinne Hellö.

Gerhard Herzog, 2100 Korneuburg

## Wo halt der Staat seine Finger drin hat . . .

„Der Kampf um das leistbare Wohnen“, von Christian Höller, 24. 5. In Höllers Artikel wird der Aspekt der Leerstehungen in Althäusern in Wien völlig außer Acht gelassen. In Althäusern (Gründerzeithäuser) wird die Miete durch das Richtwertgesetz limitiert und steuerbegünstigte Rücklagen aus Mietzinseinnahmen können nicht gebildet werden. Den Hauseigentümern fehlt schlichtweg das Kapital, um Wohnraum sanieren und auf den Markt bringen zu können. Ich selbst kenne viele solche Fälle.

Überdies fehlt jeglicher Anreiz, dafür Kredite aufzunehmen, weil kostendeckende Mieten auf Basis des Richtwertgesetzes nicht erwirtschaftet werden können. Lieber werden teure Dachausbauten vor-

genommen, weil dort auf Basis freier Finanzierung vermietet werden kann. Diesen Aspekt beleuchtet auch der Autor in seinem o. a. Artikel. Aber „leistbare Wohnungen“ entstehen damit auch nicht.

Viel klüger wäre es, privaten Althauseigentümern finanziell oder steuerlich unter die Arme zu greifen, um Anreiz für das Bereitstellen von Wohnraum zu schaffen. Doch dies widerspricht wieder mancher Parteideologie.

Wo halt der Staat seine Finger in wirtschaftliche Abläufe steckt, wird nichts draus.

Di Rudolf Göller, 1210 Wien

## Vielleicht gehen bei der ÖVP einige Lichter an

„ÖVP: Neue Farbe, günstiger Wahlkampf“, 26. 5. Meine herzliche Gratulation der ÖVP zu ihrer neuen Farbe. Das Attribut „neu“ ist ja nicht ganz passend, denn die alte Farbe – Schwarz – ist ja im physikalischen Sinn keine Farbe. Schwarz bedeutet ja nur: absolut kein Licht. Viel-

leicht gehen ja nun bei der ÖVP einige Lichter an – das wäre schön!

Di Manfred Uttenthaler, 8053 Graz

## Abschottung ein Teil neo-liberaler Doktrin?

„Die Grünen auf dem Weg zur kauzigen Willkommenskultursekte“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 26. 5.

Es überrascht nicht, dass Ortner seine eigene Position – die ihm unbenommen ist, auch wenn er im Gegensatz zu Völker- und EU-Recht steht – als einzige Lösung darstellt. Leider liefert er – außer seinem Glaubensbekenntnis an staatliche Souveränität – genauso wenig Begründung für seine Position wie diejenigen, die er kritisiert. Aber die haben wenigstens das geltende Recht auf ihrer Seite, auch wenn das Ortner oder dem Herrn Außenminister nicht passt.

Aber macht nichts, mit Xenophobie lassen sich Wahlen gewinnen, dass wusste schon Herr Dr. Haider. Dass Abschottung ein Teil neoliberaler Doktrin ist, ist mir

neu, aber wahrscheinlich schreibt Herr Ortner gerade die entsprechende Philosophie neu.

Herbert Wancura, 8053 Graz

## Eine Freude weniger

„Sag beim Abschied leise Servus . . .“, „Quergeschrieben“ von Kurt Scholz, 16. 5.

Eine Freude weniger in der „Presse“. Trotzdem danke und alles Gute.

Susanne Aquilina, 1180 Wien

**IMPRESSUM: DEBATTE**

**Leitung:** Burkhard Bischof

**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Redaktion Leserbriefe:**

Henriette Adrigan

**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

**Debatte im Internet:**

[DiePresse.com/debatte](http://DiePresse.com/debatte)

**Hinweis:** Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeile, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.